

Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

30. Januar 2023

Ägypten

Unternehmer aus zweijähriger Untersuchungshaft entlassen

Am 21.01.23 waren Medienangaben zufolge der Gründer und ehemalige Leiter eines der größten Saft- und Milchprodukteunternehmens in Ägypten sowie dessen Sohn aus der Haft entlassen worden. Safwan and Seifeldin Thabet, welche aufgrund ihrer vermeintlichen Mitgliedschaft und der Finanzierung einer terroristischen Organisation im Dezember 2020 bzw. Februar 2021 inhaftiert wurden, waren nie verurteilt worden. Die von den Behörden erhobenen Vorwürfe wurden von Seiten der Familie zurückgewiesen; der eigentliche Grund für die Verhaftung der beiden Unternehmer soll laut Amnesty International deren Weigerung gewesen sein, Vermögenswerte an eine staatliche Einrichtung abzutreten.

Afghanistan

Sicherheitslage

Nach eigenen Angaben hat die Nationale Widerstandsfront (NRF) am 24.01.23 in der Provinz Kapisa drei Talibankämpfer getötet und zwei weitere verletzt und in der Provinz Nuristan 13 Kämpfer gefangen genommen.

Verfolgungslage

Laut Berichten wurde der aus der Provinz Panjshir stammende Sänger Musa Shahin am 25.01.23 zum zweiten Mal von den Taliban verhaftet. Während seiner ersten Haft soll er von den Taliban gefoltert worden sein. Das Exilmedium Hasht-e Sub berichtet unter Berufung auf eine verlässliche Quelle aus Kreisen des Taliban-Geheimdienstes, dass Gefangene vor allem in den Distriktsgefängnissen in Panjshir gefoltert würden.

Humanitäre Lage und Frauenrechte

Außenministerin Annalena Baerbock kündigte aufgrund des Verbots für afghanische Frauen, für internationale Organisationen und NGOs zu arbeiten einen Stopp deutscher humanitärer Hilfe für Afghanistan an. Sie begründete die Entscheidung damit, dass die Hilfe ohne die Beteiligung von Frauen nicht an ihrem Ziel ankommen würde. Die stellvertretende Generalsekretärin der UN, Amina Mohammad, rief Deutschland und andere EU-Staaten hingegen dazu auf, die Hilfe weiterzuführen, da große Teile der Bevölkerung, besonders im Winter, darauf angewiesen seien. Nach offiziellen Angaben der Taliban sind durch die extreme Kälte in den letzten Wochen mindestens 166 Menschen gestorben (vgl. BN v. 23.01.23).

Angola

Versammlungsfreiheit: Polizei verhindert Protest

Erneut unterband die Polizei in Luanda am 28.01.23 einen Protestmarsch, mit welchem insbesondere die Freilassung der seit über einem Jahr in Haft befindlichen Aktivisten Tanaece Neutro (Pseudonym) und Luther Campos gefordert wurde. Beide waren im Nachgang zum Taxistreik vom 10.01.22 (vgl. BN v. 17.01.22) verhaftet worden. Ihnen werde u.a. Verhöhnung des Staates vorgeworfen. Wie aus der Medienberichterstattung weiter hervorgeht, seien am 28.01.23 zehn Protestierende kurzzeitig festgenommen worden. Anschließend seien mehrere von ihnen nicht in Luanda, sondern an einem Ort rd. 60 km außerhalb freigelassen worden. Davor seien sie daran gehindert worden, sich gegenüber anwesender Presse zu äußern.

Ähnliche Proteste und polizeiliche Interventionen gab es laut Jahresbericht von Human Rights Watch (HRW) im Jahr 2022 mehrere, darunter auch der verhinderte Protest aus demselben Anlass vom 19.11.22 (vgl. BN v. 21.11.22). Auch im aktuellen Fall berief sich die Polizei auf die fehlende Genehmigung des Protestmarsches durch die Regierung der Provinz Luanda. Laut Organisatoren richtete sich dieser „Marsch für Gerechtigkeit und Freiheit“ auch gegen wiederkehrende Gewalt gegen Straßenverkäuferinnen (sog. zungueiras) durch Behörden. Sie hätten bereits am 19.01.23 ein Communiqué zur Ankündigung des Protestes an die Provinzregierung gerichtet. Diese habe eine 72-Stunden-Frist zur Reaktion verstreichen lassen. HRW wies im Bericht zu einer am 09.04.22 aufgelösten Demonstration darauf hin, dass die Behörden trotz der Verfassungsbestimmung, wonach das Abwarten einer Genehmigung bei angekündigtem Protest nicht notwendig ist, friedliche Proteste wiederholt unter Einsatz von Gewalt verhinderten und auflösten.

Die in Washington ansässige NGO Friends of Angola, welche sich die Unterstützung der angolanischen Zivilgesellschaft zum Ziel setzt, nennt in einem von Medien aufgegriffenen Schreiben an die US-Regierung vier politische Gefangene. Neben Tanaece Neutro und Luther Campos zählt die NGO auch José Mateus Zecamutchima, Anführer der Autonomiebewegung Movimento do Protectorado Português da Lunda Tchokwe (MPPLT; vgl. BN v. 22.02.21), und José Julino Kalupeteka, Gründer der Adventisten-Gemeinde Igreja do Sétimo Dia a Luz do Mundo, dazu.

Bangladesch

Sechs mutmaßliche HuJI-Mitglieder in Dhaka festgenommen

Am 29.01.23 nahm die für Terrorismusbekämpfung und grenzüberschreitende Kriminalität zuständige Polizei in Dhaka sechs mutmaßliche Mitglieder der verbotenen extremistischen Organisation Harkat-ul-Jihad al-Islami (HuJI) Bangladesch fest, darunter einen aus Afghanistan zurückgekehrten Ausbilder. Dieser stand den afghanischen Taliban nahe und soll laut Polizeiangaben in Rohingya-Flüchtlingslagern Kämpfer rekrutiert haben.

Burkina Faso

Abzug französischer Soldaten

Die Regierung Burkina Fasos hat den Abzug der französischen Truppen angeordnet. Die französische Spezialeinheit „Sabre Force“, die mit knapp 400 Soldaten im Land stationiert ist, soll innerhalb eines Monats abgezogen werden. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Burkina Faso hatten sich in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Nach Mali im letzten Jahr, ist Burkina Faso nun das zweite Land in der Sahelzone, aus dem Frankreich seine Streitkräfte zurückzieht.

Ecuador

Politische Gewalt gegen Kandidierende vor Lokalwahlen; Kontakte Kandidierender zu organisierter Kriminalität

Im Vorfeld der am 05.02.23 stattfindenden Lokalwahlen gab es Medienberichten zufolge seit August 2022 in verschiedenen Regionen des Landes mindestens zwölf, teils tödliche, Angriffe auf Kandidierende, deren Angehörige oder Mitarbeitende mittels Schusswaffen, Sprengsätzen oder Messerangriffen. In diesem Zusammenhang wurde zuletzt am 21.01.23 der Bürgermeisterkandidat von Salinas bei einem Angriff getötet. Generell sei der Wahlkampf

von erheblicher Gewalt geprägt. Im Drogenhandel tätige kriminelle Organisationen sind Berichten zufolge für derartige Übergriffe verantwortlich. Zudem gab Innenminister Zapata am 25.01.23 bekannt, dass gegen 28 Kandidierende wegen mutmaßlicher Beziehungen zu Personen des organisierten Verbrechens bzw. Aktivitäten in den Bereichen des Drogenhandels und des illegalen Bergbaus ermittelt werde.

Gambia

Mehrere Gemeinden in Ostgambia lehnen FGM und diverse Formen der Zwangsverheiratung ab

Medienberichten zufolge lehnen 35 Gemeinden in den Distrikten Sami und Niani der östlichen Central River Region (CRR) fortan auf freiwilliger Basis schädliche traditionelle und kulturelle Praktiken wie die weibliche Genitalverstümmelung (FGM), Kinder-, Früh- und Zwangsverheiratungen sowie weitere geschlechtsbezogene Benachteiligungen ab. Die Gemeinden hätten ein dreijähriges communitybasiertes Empowermentprogramm der NGO Tostan in Zusammenarbeit mit der gambischen Regierung durchlaufen. Örtlich ansässige traditionelle Beschneiderinnen hätten sich ebenfalls zur Aufgabe dieser Praxis bereiterklärt. Erst Ende 2022 folgte aus einem Medienbericht, wie die NGO Tostan einen solchen Bewusstseinswandel bei 25 Gemeinden im Distrikt Fulladu/CRR erzielt haben soll. In den letzten Jahren habe die NGO Tostan durch Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen bereits mehr als 200 Gemeinden in der östlichen Upper River Region davon überzeugt, schädliche traditionelle und kulturelle Praktiken aufzugeben. FGM und die verschiedenen Formen der Zwangsverheiratungen sind nach aktuelleren Erkenntnisquellen weiterhin weit verbreitet – trotz eines langsamen Bewusstseinswandels und zunehmender Ablehnung (vgl. BN v. 20.06.22).

Abdullah Fatty, vormaliger Imam in der Moschee des State Houses unter Altpräsident Yahya Jammeh und ein angeblich weiterhin besonders einflussreicher muslimischer Gelehrter im Land, verteidigte am 06.01.23 die FGM-Praxis unter Berufung auf religiöse und hygienische Gründe. Fatty forderte die Bevölkerung des größtenteils muslimischen Landes zur Beibehaltung der Beschneidungspraxis auf.

Mehrere Strafverfahreneinstellungen im Zusammenhang mit den mutmaßlich vereitelten Umsturzplänen

Medienberichten zufolge wurden die gegen zwei Zivilpersonen und drei Soldaten geführten Strafverfahren, die im Zusammenhang mit angeblich vereitelten Staatsstreichplänen stehen und teilweise Hochverratsstatbestände zum Gegenstand haben (vgl. BN v. 02.01.23 u. 09.01.23), am 25.01.23 eingestellt. Die bisher in Untersuchungshaft sitzenden Personen sollen allesamt mangels neuer Anklagepunkte und ohne Einwände der Generalstaatsanwaltschaft freigelassen werden. Unterdessen habe die Generalstaatsanwaltschaft eine geänderte Anklageschrift beim Obersten Gerichtshof in Banjul gegen fünf angeklagte Soldaten, darunter der mutmaßliche Urheber und Anführer der vereitelten Staatsstreichpläne, Unteroffizier Sanna Fadera, und einen angeklagten Polizisten eingereicht.

Guinea-Bissau

Guinea-Bissau in Government-Index verschlechtert

Im aktuellen Ibrahim Index of African Governance (IIAG, Berichtsjahr 2021) verschlechtert sich Guinea-Bissau auf den 44. Platz von insgesamt 54 betrachteten Staaten – nach Platz 43 im Vorjahr und noch Platz 39 im Jahr 2015. Der zugehörige Bericht betrachtet den knapp zehnjährigen Zeitraum von 2012 bis 2021. Laut Medienberichterstattung zum IIAG gehört Guinea-Bissau zu einem von acht Staaten, die in dem Zeitraum eine anfängliche positive Tendenz in eine negative verkehrt hätten. Besonders schlecht schneidet Guinea-Bissau in den Bereichen menschliche Entwicklung und Grundlagen für wirtschaftliche Chancen (Platz 50) ab.

Haiti

Tötungen von Sicherheitsbeamten: Ausschreitungen in Port-au-Prince

In der Hauptstadt Port-au-Prince kam es örtlichen Medienberichten zufolge zu Ausschreitungen, als Polizisten gegen mehrere tödliche Angriffe auf Sicherheitskräfte demonstrierten. Demnach errichteten Sicherheitskräfte Straßensperren mit brennenden Reifen und attackierten in Zivil den Wohnsitz von Interimspremierminister Ariel

Henry, während sich dieser auf dem Rückweg vom Gipfel Lateinamerikanischer Staaten (CELAC) befand. Später stürmten Personen, die ebenfalls mehrheitlich als Sicherheitskräfte identifiziert worden sind, den internationalen Flughafen der Hauptstadt, um den Premier dort zu empfangen, dieser konnte sich allerdings in Sicherheit bringen. Die Angriffe gelten als Reaktion auf mehrere Tötungen von Sicherheitskräften. Die haitianische Polizeigewerkschaft gab an, dass seit Anfang des Jahres 15 Polizisten von mutmaßlichen Gangmitgliedern getötet wurden. Allein am 25.01.23 wurden nach Angaben der haitianischen Nationalpolizei sieben Beamte getötet. Laut der Menschenrechtsorganisation National Network of the Defense of Human Rights (RNDDH) wurden seit der Machtübernahme von Henry 78 Sicherheitskräfte im Jahr 2021 getötet. Haiti gilt als ärmstes Land des amerikanischen Kontinents und ist von einer äußerst schlechten Sicherheitslage, aufgrund von Bandengewalt, sowie einer zunehmend verschlechterten Gesundheits- und Versorgungslage geprägt. Im Oktober 2022 bat die haitianische Regierung um eine bewaffnete internationale Truppe zur Stabilisierung des Landes. Am 15.10.22 lieferten die USA und Kanada gepanzerte Fahrzeuge und andere Ausrüstung nach Haiti (vgl. BN v. 17.10.22).

Indien

74. Tag der Republik; Ausstrahlungsverbot für Dokumentarfilm über Premierminister Modi

Am 26.01.23 feierte Indien den 74. Tag der Republik mit einer Militärparade. Diesjähriger Ehrengast war der ägyptische Präsident Abdel Fattah el-Sisi.

Im Umfeld des indischen Feiertages strahlte die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des Vereinigten Königreichs BBC einen zweiteiligen Dokumentarfilm über die politische Karriere von Premierminister Narendra Modi aus. Der Film zeigt, dass der Aufstieg Modis historisch von den religiös motivierten Gewaltexzessen an Zugehörigen des muslimischen Glaubens im Bundesstaat Gujarat im Jahr 2002 nicht zu trennen ist. Nach dem Wahlsieg der hindunationalistischen Bharatiya-Janata-Partei (BJP) und seit Modis Amtsantritt 2014 hat sich die Lage für Musliminnen und Muslime im Land verschärft. Nicht nur wurden im Bundesstaat Assam muslimische Glaubensangehörige für staatenlos erklärt, sondern auch Gewalt gegen diese religiöse Minderheit im Land zunehmend bagatellisiert, während sich Modi nach außen vor allem als pragmatischer Förderer der Wirtschaft präsentierte.

Umgehend hat die Regierung die Ausstrahlung des Dokumentarfilms in Indien mit Hilfe von Notstandsbefugnissen blockiert und seine Verbreitung in den sozialen Medien untersagt. Landesweit versammelten sich Studierende, um den Dokumentarfilm auf Laptops und Handys anzuschauen. In der Universität Delhi kam es zu Auseinandersetzung mit der BJP nahestehenden Studierendengruppen. Die Polizei stürmte die Universität, beschlagnahmte Laptops und verhängte ein Versammlungsverbot für mehr als vier Personen. Nach Polizeiangaben wurden außerdem zwei Dutzend Studierende festgenommen.

Irak

Kampf gegen den IS

Am 26.01.23 verhafteten Sicherheitskräfte der Regionalregierung Kurdistan-Irak (KRG) in der Provinz Sulaimaniyya insgesamt sieben mutmaßliche IS-Mitglieder. Bei dreien davon soll es sich um hochrangige Gesuchte handeln.

Todesurteile

Am 26.01.23 wurden 14 Personen für ihre angebliche Beteiligung am Speicher-Massaker zum Tode verurteilt. Beim Speicher-Massaker wurden am 12.06.14 in Camp Speicher nahe Tikrit 1.700 irakische Kadetten von Seiten des IS ermordet. Es gibt erhebliche Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens.

Wirtschaftslage

Am 25.01.23 wurden mehrere wesentliche Zahlungen der Regierung in Bagdad an die KRG für verfassungswidrig erklärt. Diese dienten vor allem der Finanzierung von Gehältern im Öffentlichen Dienst, deren Auszahlung nun erneut gefährdet ist. Die politische Auseinandersetzung um das Dauerthema der finanziellen Unterstützung der KRG verschärfte sich darauf erneut.

Am selben Tag kam es nach dem Rücktritt des Zentralbankgouverneurs zu erheblichen Protesten in Bagdad. Hintergrund ist die Abwertung des irakischen Dinars in den letzten Monaten. Seit Mitte November 2022 hat die

Währung etwa 7 % zum US-Dollar verloren, was spürbare Auswirkungen auf die Inflation hat. Irak importiert einen erheblichen Teil seiner Verbrauchsgüter und ist stark von seinem Wechselkurs und den Ölpreisen auf den internationalen Märkten abhängig.

In Teilen der KRG verläuft die jährliche Verteilung von Kerosin und Heizöl unzureichend. Die Zuteilungen sind Teil der allgemeinen Daseinsfürsorge in Irak und für viele Haushalte ein wesentlicher Teil ihres de-facto-Einkommens. In großen Teilen Kurdistans herrschen derzeit nachts Temperaturen deutlich unter null Grad Celsius.

Türkische Militärintervention

Im Verlauf der Monate Dezember 2022 und Januar 2023 scheint die türkische Armee sich aus mehreren Dutzend der insgesamt rd. 100 Stützpunkte in der Provinz Dohuk zurückgezogen zu haben. Ob es sich dabei lediglich um eine Umgruppierung handelt oder die Bedrohung durch die PKK inzwischen von Ankara anders bewertet wird ist derzeit nicht absehbar.

Iran

Urteile im Zusammenhang mit Protesten

Auslandsmedien und Menschenrechtsorganisationen berichten über mehrere Verurteilungen im Zusammenhang mit Protesten. U.a. sei das vorläufige Todesurteil gegen eine männliche Person aufgehoben und in eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten umgewandelt worden. Das ursprüngliche Urteil sei wegen Feindschaft gegen Gott (moharebeh, gem. Art. 279 IStGB) ergangen, nachdem der Mann in Teheran mehreren im Zusammenhang mit Protesten gesuchten Personen Unterschlupf in dessen Wohnung gewährt habe. Der Bericht ließe sich jedoch laut Pressemedien nicht unabhängig bestätigen. Laut Meldung vom 27.01.23 sei zudem eine Frau aufgrund ihrer Teilnahme an Protesten am 30.09.22 in Ilam (gleichnamige Provinz) zu einer einjährigen Haftstrafe und einem Ausreiseverbot verurteilt worden. Die Demonstrantin sei aufgrund der Vorwürfe Propaganda gegen das System, Störung der öffentlichen Ordnung und Aktionen gegen die nationale Sicherheit verurteilt worden. Nach ihrer Festnahme im September 2022 habe sie sich seit 24.11.22 nach Kautionszahlung in Freiheit befunden. Zudem wurde über Verurteilungen weiterer Personen, darunter ein Arbeiteraktivist aus Teheran, zwei Zivilaktivisten aus Dehghan (Provinz Kordestan), sowie mehrere Studierende u.a. aus Bukan (West-Aserbaidschan), Babol (Mazandaran) und Teheran berichtet. Konkrete Tatvorwürfe wurden nicht benannt. Die erlassenen Haftstrafen würden sich auf zwischen ein und sechs Jahren belaufen, zudem seien teils Körperstrafen (Peitschenhiebe) und Ausreiseverbote verhängt worden. Gegen die Urteile könne noch Berufung eingelegt werden.

Anschlag auf die aserbaidsschanische Botschaft in Teheran

Am 27.01.22 verschaffte sich ein bewaffneter Angreifer Zugang zum Botschaftsgebäude Aserbaidschans in Teheran und eröffnete das Feuer. Er tötete den Sicherheitschef der Botschaft und verletzte zwei weitere Sicherheitsmitarbeiter, bevor er vom Sicherheitspersonal und der Polizei festgesetzt werden konnte. Nach ersten Vernehmungen scheint er allerdings ein persönliches und kein politisches Motiv gehabt zu haben. Iran kondolierte der Familie des Toten sowie Aserbaidschan.

Der Anschlag fällt in eine Zeit steigender Anspannungen zwischen Aserbaidschan und Iran. Aserbaidschan hatte erst vor wenigen Wochen erstmals und als erstes schiitisch geprägtes Land einen Botschafter nach Tel Aviv entsandt. Iran beherbergt etwa doppelt so viele ethnische Aserbaidschaner wie Aserbaidschan. Zudem hatte die Botschaft wiederholt um stärkeren Schutz in Teheran gebeten. Am 29.01.22 wurde bekannt, dass Aserbaidschan die Botschaft bis auf weiteres evakuiert.

Mutmaßlicher Drohnenangriff auf militärische Einrichtung

Unter Verweis auf die staatliche Nachrichtenagentur Irna wurde berichtet, dass in der Nacht zum 29.01.23 eine militärische Anlage nahe Isfahan (gleichnamige Provinz) mit mehreren bewaffneten Fluggeräten angegriffen worden sei. Nach Angaben des iranischen Verteidigungsministeriums habe es sich um einen militärischen Angriff gehandelt, bei dem keine Personen zu Schaden gekommen seien. Zwei Flugobjekte, vermutlich Drohnen, seien von der Flugabwehr zerstört worden. Außenminister Amirabdollahian äußerte offiziell keine Einschätzung zu Verantwortlichen der Angriffe. Es müssten hierzu noch Untersuchungen erfolgen. Das US-Medium Wall Street

Journal berichtete unter Berufung auf nicht benannte Quellen, dass Israel die Angriffe durchgeführt habe. Israel lehnte eine Stellungnahme ab.

Jemen

UN: 4,3 Mrd. USD für humanitäre Hilfe

Am 18.01.23 haben die UN bekannt gegeben, im Jahr 2023 rd. 4,3 Mrd. USD für humanitäre Hilfen in Jemen zu benötigen. Laut Schätzungen der UN können damit 17,3 Mio. Personen unterstützt werden; insgesamt sind nach Angaben der UN 21,6 Mio. Menschen in Jemen (rd. zwei Drittel der Bevölkerung) auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Kamerun

Verschwundener Journalist tot

Laut verschiedenen Medienberichten ist der kamerunische Journalist Martinez Zogo am 22.01.23 in Soa, einem Vorort der Hauptstadt Jaunde, tot aufgefunden worden. Zogo galt seit 17.01.23 als vermisst. Unbekannte sollen ihn entführt haben. Laut einer Pressemitteilung der kamerunischen Regierung deuten erste Ermittlungen darauf hin, dass Zogo vor seinem Tod gefoltert worden ist.

Zogo war Chef des Medienhauses Radio Amplitude und bekannt für seine Berichterstattung über kritische Themen. Bei seiner letzten Recherche deckte er eine Korruptionsaffäre auf, in die auch die Regierung verwickelt sein soll. Kritische Medienschaffende wie Zogo sind in Kamerun besonders gefährdet. Zogo soll zuletzt täglich Morddrohungen erhalten haben.

Kolumbien

Tötungen gesellschaftlicher Führungspersonen erreichen im Jahr 2022 neuen Höchststand

Das Büro des kolumbianischen Ombudsmanns (Defensoría del Pueblo) meldete am 23.01.21, dass insgesamt 215 Tötungen von gesellschaftlichen Führungspersonen und Menschenrechtsvertretern, sog. Líderes Sociales, im Jahr 2022 verzeichnet wurden. Demnach ereigneten sich die meisten Angriffe gegen diese Personengruppe in den Provinzen Nariño (35), Cauca (26), Putumayo (22) und Antioquia (22). Dabei handelt es sich um die höchste registrierte Zahl seit Beginn der staatlichen Aufzeichnungen im Jahr 2016 und um einen Anstieg um 49 % im Vergleich zum Jahr 2021. In den Jahren 2021 und 2020 wurden nach Angaben des Ombudsmanns, Carlos Camargo, 145 bzw. 182 Líderes Sociales getötet (vgl. BN v. 12.12.22). Während die Gesamtzahl der zwischen 2016 und 2022 Getöteten, laut dem Büro des Ombudsmanns, auf 1.113 Fälle beziffert wurde, registrierte das Institut für Entwicklungs- und Friedensstudien Indepaz (Instituto de estudios para el desarrollo y la paz) im gleichen Zeitraum 1.409 Fälle. Darüber hinaus zeigt die Klassifizierung nach Art der Tätigkeit, dass Vorstehende von Bürgerkomitees (Juntas de Acción Comunal (JAC)), die für die Basisorganisation in den Dörfern und Stadtvierteln zuständig sind, mit 63 Tötungen die am meisten gefährdete Gruppe blieben. In 43 Fällen wurden indigene Führungspersonen Opfer von Tötungsdelikten.

Kosovo

Zwischenfall an Kontrollpunkt

Medienberichten vom 23.01.23 zufolge eröffnete ein kosovo-albanischer Polizist an einem Kontrollposten zwischen Laposavić/Leposaviq und Mitrovica das Feuer auf einen in Richtung Serbien fahrenden PKW. Der kosovo-serbische Fahrer hatte sich geweigert, anzuhalten, zudem rammte er laut Polizeiangaben ein Fahrzeug der Sicherheitskräfte. Nach dem Vorfall konnte er die Grenze nach Serbien überqueren. Laut der Regierung in Belgrad wurde eine Person durch die Schüsse verletzt. Die kosovarischen Behörden haben diese Angabe nicht bestätigt. Die Spannungen zwischen Kosovo und Serbien halten seit geraumer Zeit an und führen immer wieder zu Ausschreitungen und Gewalttaten (vgl. BN v. 09.01.23 u. 12.12.22).

Libanon

Wirtschaftslage

Am 25.01.23 gaben die USA bekannt, dass sie erneut 72 Mio. USD Hilfen für die libanesische Armee bereitstellen, die sicherstellen sollen, dass der Sold gezahlt werden kann.

Am 26.01.23 wurden von Seiten des Energieministeriums die stark regulierten Benzinpreise erneut angehoben. Durch den inzwischen immer weiter fortschreitenden Währungsverfall ist das Ministerium eigenen Angaben nach gezwungen, künftig zweimal täglich neue Preise herauszugeben. Ergebnis der Bekanntmachung waren erneut lange Schlangen vor Tankstellen und Proteste.

Am 27.01.23 fiel das libanesische Pfund auf ein neues Rekordtief von 1:61.0000 zum US-Dollar.

Das UNRWA gibt inzwischen die Lücke zur Finanzierung seiner Kernaufgabe der Versorgung der palästinensischen Bevölkerung für Libanon mit 1,6 Mrd. USD an.

Myanmar

Sicherheitslage

Infolge des Ausbruchs von Kämpfen zwischen Juntatruppen und der Karen National Liberation Army (KNLA) am 23.01.23 flohen im Bundesstaat Kayin über 10.000 Zivilpersonen aus der Stadt Kyondoe und 14 nahegelegenen Dörfern. Beim Beschuss der Dörfer mit schwerer Artillerie zerstörten die Juntatruppen auch mehrere Wohnhäuser. In der Region Sagaing setzte das Militär am 23.01.23 seine Kampagne der verbrannten Erde fort und zerstörte Wohnhäuser in den Gemeinden Yinmabin und Salingyi. Rd. 10.000 Personen aus neun Dörfern flohen. Nach jüngsten Zählungen des Institute for Strategy and Policy – Myanmar (ISP) wurden in Sagaing zwischen dem 01.02.21 und dem 14.01.23 43.216 Gebäude zerstört, davon rd. 20.000 allein in den Monaten November 2022 bis Januar 2023. Die Hälfte der in diesem Zeitraum zerstörten Gebäude stand in den Gemeinden Tabayin und Shwebo. Der Zahl der Binnenflüchtlinge in Sagaing belief sich ISP zufolge am 14.12.22 auf 794.000 Personen (15 % der Bevölkerung der Region), während OCHA am 26.12.22 von 624.000 Vertriebenen ausging. Landesweit waren laut OCHA Ende Dezember 2022 mehr als 1,5 Mio. Menschen aufgrund von Unsicherheit und Gewalt auf der Flucht. Davon wurden 1,1 Mio. Menschen infolge des Militärputsches vom 01.02.21 vertrieben.

Nicaragua

Verurteilungen von AUN-Mitgliedern, Angehörigen der katholischen Kirche sowie eines exilierten Politikers

Am 25.01.23 sind zwei seit November 2022 inhaftierte Führungspersonen der Studierendenvereinigung AUN in einem Verfahren ohne Prozessgarantien in Managua verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte auf acht Jahre Haft für Mildred Rayo und Miguel Flores wegen Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität und Verbreitung von Falschinformationen plädiert.

Am 26.01.23 sind zudem die im August 2022 in Matagalpa gemeinsam mit dem regierungskritischen Bischof Rolando Álvarez festgenommenen vier Priester, zwei Seminaristen und ein Reporter (vgl. BN v. 22.08.23) in einem viertägigen Verfahren wegen derselben Delikte verurteilt worden. Das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß von jeweils zehn Jahren ist noch nicht rechtsgültig. Das Gerichtsverfahren gegen Álvarez ist bisher noch nicht terminiert, Medienberichten zufolge befindet sich der Heilige Stuhl diesbezüglich im Austausch mit den nicaraguanischen Behörden.

Am 26.01.23 ist die Verurteilung von drei Angehörigen des sich im Exil befindlichen Politikers Javier Álvarez Zamora (vgl. BN v. 19.09.22) zu acht respektive zehn Jahren Haft, ebenfalls wegen oben genannter Delikte, rechtsgültig geworden. Seit Ende 2022 sehen Menschenrechtsverteidigende in der Bedrohung von, Übergriffen auf und Aktivitäten gegen Angehörige politischer Gefangener oder gesuchter, nicht auffindbarer Personen ein neues Repressionsmuster der Regierung Ortegas, um zivilgesellschaftlichen Widerstand sowie Kritik zu unterbinden. Insbesondere betroffen seien von entsprechenden Maßnahmen Personen, die Schutzmechanismen bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) beantragt oder erhalten haben. Es wird auch von Fällen berichtet, in denen Personen vor die Wahl gestellt worden seien, statt eines Gefängnisaufenthalts „freiwillig“ das Land zu verlassen.

Verhaftung des ehemaligen stellvertretenden Polizeidirektors Marenco Correa; Erosion der Unterstützenden

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge ist bereits am 13.01.23 der ehemalige stellvertretende Direktor der Nationalen Polizei Adolfo Marenco Corea verhaftet und in der Direktion für Justizhilfe (DAJ) (auch bekannt als El Chipote) in Managua inhaftiert worden. Er war lange Leiter der polizeilichen Ermittlungs- und Nachrichtendienste und habe in dieser Funktion zum inneren Zirkel des Präsidentenpaares gehört, bevor er bereits im November 2022 mittels einer präsidentiellen Verfügung frühzeitig in den Ruhestand versetzt worden ist. Die Gründe für die damalige Absetzung und jetzige Inhaftierung sind unklar, Spekulationen ranken sich u.a. um eine möglicherweise geplante Ausreise, der man zuvorgekommen sei oder eine Weigerung weiter für das Präsidentenpaar tätig zu sein. Die häufig zitierte Sicherheitsexpertin Elvira Cuadra hält auch für möglich, dass Marenco, welcher wegen mutmaßlicher Korruption und unerlaubter privater Geschäfte angezeigt worden ist, als Warnung an andere Personen innerhalb des Polizeiapparates dienen soll, deren Loyalität sich das Präsidentenpaar weiterhin sicher sein wolle. So sei die Unsicherheit innerhalb des Systems, wem die Regierungsfamilie vertrauen könne, groß; bereits im letzten Jahr wurden immer wieder auch höherrangige, als parteitreu geltende Personen, wie der Sprecher des Obersten Gerichtshofs (vgl. BN v. 24.10.22), verhaftet. Die Expertin spricht in diesem Zusammenhang von einer möglicherweise zunehmenden „internen Erosion der Unterstützungsbasis“. Beamte, auch höherer Ebenen, würden immer wieder versuchen, das Land zu verlassen; weitere Mitglieder der Elite kritisieren die Regierung teils öffentlich im Ausland, wie etwa der ehemalige Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten (vgl. BN v. 02.05.22). Die Expertin habe aber auch Kenntnis darüber, dass andere Personen innerhalb der Institutionen aufgrund ihrer herausgehobenen Position nicht die Möglichkeit hätten, das Land zu verlassen, da sie unter strenger Überwachung stünden bzw. ihnen die Pässe entzogen worden seien.

Nigeria

Dutzende Fulani durch Detonation getötet

Bei einer Detonation in Zentralnigeria sind am 24.01.23 mindestens 54 der Ethnie Fulani zugehörige Zivilpersonen ums Leben gekommen. Sicherheitsbehörden hatten zunächst lediglich eine geringere Opferzahl bestätigt. Der Vorfall ereignete sich Medienberichten zufolge im Grenzgebiet zwischen den Bundesstaaten Benue und Nasarawa, als Fulani über 1.000 Rinder von Benue nach Nasarawa trieben. Bzgl. Einzelheiten der Tat herrscht derzeit weiter Unklarheit. Als Ursache der Detonation in Frage kommen laut Medienberichten ein Drohnenangriff, aber auch eine Bombe oder eine möglicherweise versehentliche Attacke der Luftwaffe. Besondere Brisanz erhält der Vorfall vor dem Hintergrund schwelender Konflikte zwischen Sesshaften und Nichtsesshaften um Land-, Weide- und Wasserrechte in weiten Teilen Nigerias, auch und gerade in der zentralen Region, in der sich die hier geschilderte Gewalttat ereignete. Ethnische und religiöse Rivalitäten tragen zur Komplexität der Situation bei und erschweren eine Lösung. Auch wurde bereits in der Vergangenheit über Racheakte berichtet (vgl. BN v. 03.01.22 u. 24.10.22).

Militär befreit in Nordnigeria über 100 Geiseln

Militärangehörige haben im Januar 2023 im Nordosten und Nordwesten des Landes innerhalb von zwei Wochen 84 Terroristen getötet und 122 Entführungopfer befreit. Das geht aus Medienberichten vom 27.01.23 hervor, die sich auf Angaben des nigerianischen Verteidigungshauptquartiers (Defence Headquarters, DHQ) vom 26.01.23 berufen. Ein Vertreter des Militärs betonte, dass in dem zwei Wochen umfassenden Zeitraum im Rahmen der Operation Hadin Kai im Nordosten nicht nur 42 den islamistischen Gruppierungen Boko Haram und Islamic State West Africa Province (ISWAP) zuzurechnende Individuen getötet, sondern auch 14 weitere festgenommen worden seien. Außerdem hätten sich an verschiedenen Orten im Nordosten insgesamt 267 Personen ergeben, die von nigerianischen Regierungsstellen als Terroristen bezeichnet werden bzw. Familienangehörige dieser Personen sind. Im Nordwesten hätten im Rahmen der Operation Hadarin Daji im selben Zeitraum in mehreren Land- und Luftoperationen 42 Terroristen getötet, vier festgenommen und 26 entführte Zivilpersonen gerettet werden können. Das DHQ verbreitete in der Vergangenheit ähnliche Meldungen (vgl. BN v. 28.03.22, 30.05.22 u. 05.09.22).

Nordosten: Militär vereitelt Angriff auf Großstadt

Medienberichten zufolge haben Militärangehörige im Bundesstaat Borno eine Attacke von Islamisten auf die im äußersten Nordosten Nigerias gelegene Großstadt Monguno vereitelt. Ausweislich Angaben eines Militärsprechers vom 20.01.23 seien an der erfolgreichen Aktion Militärangehörige der Operation Hadin Kai und der Multi-National

Joint Task Force (MNJTF) beteiligt gewesen. Zwei Angreifer seien getötet worden, weitere hätten Schussverletzungen erlitten. Waffen, Fahrzeuge und andere Ausrüstung der Terroristen seien sichergestellt worden.

Laut Medienberichten von Ende Januar 2023 hat in der zweiten Januarhälfte die Rückkehr einer größeren Anzahl von aus Nigeria vor islamistischer Gewalt nach Kamerun geflohener Personen begonnen. So sollen allein am 20.01.23 insgesamt 455 nigerianische Kinder, Frauen und Männer an der Grenze von Behörden ihres Heimatlandes willkommen geheißen worden sein. Medienberichten zufolge sei der UNHCR an der Organisation der Rückkehraktion beteiligt. Die Zurückkehrenden sollen sich zum Teil über acht Jahre in Kamerun aufgehalten haben.

Südosten: Erneut tödliche Schüsse auf Polizisten

Unbekannt gebliebene Bewaffnete haben am 28.01.23 in Südostnigeria an einem Straßenkontrollpunkt an der Schnellstraße Enugu/Abakaliki mindestens drei Polizisten erschossen und einen weiteren verletzt. Medienberichten zufolge eröffneten die Täter das Feuer, als sie mit zwei Fahrzeugen an dem im Grenzgebiet zwischen den Bundesstaaten Enugu und Ebonyi gelegenen Checkpoint eintrafen. Zuletzt ist es häufiger zu tödlichen Angriffen Unbekannter gegen Sicherheitskräfte, Polizeistationen und andere staatliche Einrichtungen im Südosten gekommen (vgl. BN v. 28.03.22, 30.05.22, 27.06.22, 10.10.22, 21.11.22 u. 23.01.23). Bei Gewaltereignissen im Südosten Nigerias bezichtigen die Behörden in der Regel die seit 2017 verbotene Unabhängigkeitsbewegung Indigenous People of Biafra (IPOB) bzw. Mitglieder ihres bewaffneten Flügels Eastern Security Network (ESN), für die jeweilige Tat verantwortlich zu sein. Die Organisationen IPOB und ESN bestreiten jedoch stets jede Beteiligung.

Pakistan

Eintägiger landesweiter Stromausfall

Am 23.01.23 kam es aufgrund eines technischen Defekts zu einem eintägigen, landesweiten Stromausfall. Laut Angaben des Energieministeriums sollen Spannungsschwankungen zwischen den Städten Kamshoro und Dadu in der südlichen Provinz Sindh ursächlich gewesen sein.

Wahltermine für aufgelöste Provinzparlamente; Hochrangiges Mitglied der PTI festgenommen

Am 25.01.23 gab die pakistanische Wahlkommission Termine für die beiden Provinzen Khyber Pakhtunkhwa und Punjab Mitte April 2023 bekannt. Die beiden Provinzparlamente sind aufgelöst worden (vgl. BN v. 23.01.23).

Am 25.01.23 wurde ein hochrangiges Mitglied der Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI) wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung festgenommen. Der ehemalige Bundesminister für Information und Rundfunk, Fawad Chaudhry, soll zu Gewalt gegen Beamte der pakistanischen Wahlkommission aufgerufen haben.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Westjordanland: Mehrere Tote bei Militäroperationen

Am 25.01.23 erschoss das israelische Militär zwei Palästinenser während einer Auseinandersetzung mit mehreren Steinen werfenden Personen.

Am 26.01.23 löste eine Militäroperation in einem Flüchtlingslager einen Schusswechsel zwischen israelischen Militärangehörigen und bewaffneten Personen aus. Neun palästinensische Personen wurden dabei getötet. Sieben der Getöteten gehörten einer der militanten Gruppierungen Hamas oder Islamischer Jihad an, wie die Gruppierungen mitteilen ließen. Das Militär kündigte eine Untersuchung zur Tötung einer 61-jährigen Frau an. Medizinische Rettungskräfte bemängelten, es sei ihnen während des Militäreinsatzes der Zugang zu Verwundeten verweigert worden. Der Organisation B'Tselem zufolge handelt es sich um die tödlichste Militäraktion seit zwei Jahrzehnten. Einige Stunden später wurde nördlich von Jerusalem ein weiterer Palästinenser während Protesten gegen die vorangegangene Razzia erschossen. Seit Beginn des Jahres 2023 kamen insgesamt 34 palästinensische Personen zu Tode. Darunter zahlreiche Angehörige militanter Gruppierungen, aber auch Zivilpersonen.

Gazastreifen: Widerruf der Arbeitsgenehmigungen, Raketen aus dem Gazastreifen und israelische Luftschläge

Am 25.01.23 verkündete der israelische Inlandsgeheimdienst Shin Bet den Widerruf von ca. 230 israelischen Arbeitsgenehmigungen für im Gazastreifen lebende Familienangehörige von Hamasmitgliedern. Einer

Stellungnahme des Geheimdienstes zufolge stünden diese im Verdacht, im Rahmen ihrer Arbeitsaufenthalte in Israel palästinensische Personen aus dem Westjordanland für die militante Gruppierung zu rekrutieren. Häufig blieben die rekrutierten Personen im Unwissen über ihre eigentliche Tätigkeit, wie bspw. Geldtransporte, oder über die Gruppierung, welche im Hintergrund stand.

Am 27.01.23 wurden aus dem Gazastreifen als Reaktion auf die Militärrazzia mit sieben Toten im Westjordanland (s.o.), mehrere Raketen in Richtung Israel abgefeuert. Drei der Raketen konnten abgefangen werden, eine ging bereits im Gazastreifen zu Boden und eine weitere fiel in offenes Gelände. Das israelische Militär antwortete eigenen Angaben zufolge mit Luftangriffen auf eine unterirdische Raketenproduktionsstätte, welche auch als Trainingsstätte der Hamas diene.

Ostjerusalem: Sieben jüdische Gläubige nahe Synagoge getötet

Am 27.01.23 tötete ein bewaffneter Palästinenser sieben Zivilpersonen und verwundete drei weitere nahe einer Synagoge in Ostjerusalem, bevor die Polizei ihn erschoss. Es handelt sich um den tödlichsten Angriff seit 2008. Der Angriff erfolgte in der Gegend Neve Yaakov, einer jüdischen Siedlung innerhalb Ostjersalems. Das Militär verhaftete 42 Familienangehörige und Nachbarn des aus der ostjerusalemmer Nachbarschaft at-Tur stammenden Täters und versiegelte das Haus der Familie des Angreifers.

Am 28.01.23 griff ein 13-jähriger Palästinenser in der Nachbarschaft Silwan eine Gruppe von jüdischen Zivilpersonen mit einer Schusswaffe an und verwundete zwei von ihnen. Er konnte von bewaffneten Beistehenden überwältigt werden und wurde anschließend von der Polizei in Haft genommen. An demselben Tag verkündete der israelische Premierminister weitere Strafmaßnahmen, um derartige Angriffe zu ahnden. Künftig sollten Sozialleistungen für Familien von Angreifern gestrichen werden, Israelis soll es erleichtert werden, Waffen lizenzieren zu lassen und das Vorgehen gegen illegalen Waffenbesitz solle verstärkt werden. Konkrete Regelungen sollen folgen.

UNRWA: Andauernde Finanzierungskrise

Am 24.01.23 verkündete der Leiter des UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA), Philippe Lazzarini, den finanziellen Bedarf von 1,6 Mrd. USD für das Jahr 2023. UNRWA betreibt Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie weitere Unterstützungsmaßnahmen für palästinensische Flüchtlinge im Gazastreifen, Westjordanland, Jordanien, Syrien und Libanon.

Seiner Aussage zufolge beende UNRWA das vierte Jahr in Folge mit einem Defizit von ca. 70 Mio. USD, während der Großteil der zu versorgenden Flüchtlinge mittlerweile unterhalb der Armutsgrenze lebe (im Gazastreifen 81,5% der Bevölkerung) und eine wachsende Zahl abhängig von der Unterstützung der UNRWA sei. Im Rahmen des letztjährigen Finanzierungsaufrufs konnten demnach lediglich 1,2 Mrd. USD der 1,6 Mrd. USD gewonnen werden. Kurz zuvor schlossen sich ungefähr 3.700 Mitarbeitende des Hilfswerks im Westjordanland einem gewerkschaftlich organisierten Streik an, welcher die Forderung nach Gehaltserhöhungen unterstützen sollte. Das Ziel sei die Erhöhung der Gehälter um 200 JOD (ca. 281,81 USD) im Monat. Betroffen waren verschiedene Bereiche der UNRWA-Dienstleistungen, darunter Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Müllabfuhrsysteme u.a.

Ruanda

Offizielle Angaben zur Todesursache eines Journalisten werden angezweifelt

In der Nacht zum 18.01.23 verstarb der Journalist John Williams Ntwali nach offiziellen Angaben an den Folgen eines Verkehrsunfalls in Kigali. Ntwali gilt als einer der letzten in Ruanda verbliebenen investigativen Journalisten, der für seine regierungskritischen Recherchen und Beiträge bekannt war. Die offiziellen Angaben zu seinem Tod wurden erst 24 Stunden nach dem vorgeblichen Unfall bekannt gemacht und riefen vielseitige Zweifel an deren Wahrheitsgehalt hervor, u.a. da sich Ntwali nach Angaben seiner Familie in den Wochen vor seinem Tod in Gefahr wähnte und verfolgt worden sei. Mehrere NGOs forderten daraufhin eine unabhängige und transparente Untersuchung des Todes von Ntwali, darunter die Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH), Human Rights Watch (HRW) und Reporter ohne Grenzen (RSF).

Russische Föderation

Auflösung der Moskauer Helsinki-Gruppe angeordnet

Das Moskauer Stadtgericht ordnete am 25.01.23 die Auflösung der Moskauer Helsinki-Gruppe an, die zu den letzten unabhängigen Menschenrechtsorganisationen des Landes gehört und 1976 u.a. von sowjetischen Dissidenten gegründet worden war. Das Gericht folgte damit einem Antrag des Justizministeriums, wonach die Organisation ihre Aktivitäten gesetzeswidrig außerhalb des Moskauer Stadtgebiets durchgeführt habe. 13 Monate zuvor hatte dasselbe Gericht auch auf Antrag des Justizministeriums die Auflösung des Menschenrechtszentrums Memorial angeordnet (vgl. BN v. 03.01.22).

Senegal

Politische Widersacherin und Präsidentschaftskandidatin verliert Parlamentsmandat

Medienberichten zufolge stimmte das Büro der Nationalversammlung am 24.01.23 für den Entzug des Parlamentsmandates von Aminata Touré, vormalige Premierministerin und einst enge Verbündete von Präsident Macky Sall. Zur Begründung sei der „faktische“ Austritt Tourés aus der Präsidentenpartei Alliance pour la République (APR) und der Regierungskoalition Benno Bokk Yakaar (BBY) angeführt worden. Nach Art. 60 der geltenden senegalesischen Verfassung (sV) hat der Parteiaustritt eines Abgeordneten automatisch Auswirkungen auf dessen Mandatsverhältnis. Touré kritisierte eine politisch motivierte und illegale Entscheidung, die gegen Art. 60 sV verstoßen würde. Sie habe weder ein offizielles Rücktrittsschreiben bei APR und/oder BBY eingereicht noch seien vorab ihre Informations- und Anhörungsrechte gewahrt worden. Die erklärte Präsidentschaftskandidatin für 2024, die sich im September 2022 vom Präsidentenlager distanziert und sich mehrfach gegen eine dritte Amtszeit von Präsident Sall ausgesprochen habe, wirft diesem den Versuch vor, seine Hauptkonkurrenten von den Präsidentschaftswahlen auszuschließen. Oppositionsführer Ousmane Sonko, einer der aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten, muss sich aktuell wegen Vergewaltigungsvorwürfen vor Gericht verantworten, die er als politisch motiviert zurückwies und als Versuch sieht, ihn bereits im Vorfeld von Wahlen auszuschließen (vgl. BN v. 23.01.23). Laut The Voice of America (VOA) befürchten viele politische Beobachtende, dass Salls Kandidatur für eine dritte Amtszeit als Präsident das weitgehend demokratische und stabile Land erschüttern könnte.

Anhaltende Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung sexualisierter Gewalt

Im Zusammenhang mit der Presseberichterstattung zu dem eingestellten Verfahren wegen mutmaßlicher Vergewaltigung der Siegerin des senegalesischen Schönheitswettbewerbs von 2020 wird erwähnt, dass die Bekämpfung von Sexualdelikten eine große rechtliche und tatsächliche Herausforderung im Land bleibe. Ladies Club Sénégal, eine Plattform für Frauenrechte, beklagte, dass die „Kultur der Vergewaltigung“ nicht verschwinden würde und verwies auf das aktuelle Vergewaltigungsverfahren gegen den Oppositionsführer Sonko. Laut der Kommunikationsbeauftragten der Association des juristes sénégalaises (AJS) trugen zwar Sensibilisierungsmaßnahmen zu einer Erhöhung der Anzeigebereitschaft von Opfern von sexuellen Übergriffen bei. Betroffene hätten jedoch weiterhin Schwierigkeiten dabei, Zugang zu psychosozialer Unterstützung und Rechtsberatung sowie insgesamt Strafjustiz sowie Wiedergutmachung zu erhalten. Zur Anzeige bereite Opfer sähen sich zudem gesellschaftlicher Verunglimpfung und Schuldvorwürfen ausgesetzt. Das tatsächliche Bestreiten des Rechtsweges sei mit hohen Kosten sowie einer langen Gesamtverfahrensdauer verbunden. Sich für die Rechte der Frauen einsetzende Personen hätten zwar Reformen im Bereich des Sexualstrafrechts begrüßt, jedoch auf anhaltende Schwierigkeiten hingewiesen, darunter langwierige Ermittlungs- und Strafverfahren sowie nur wenige Entscheidungen zu Vergewaltigungsfällen.

Sierra Leone

Sierra Leone verabschiedet Antidiskriminierungsgesetz zur Stärkung der Frauenrechte

Jüngsten Presseberichten zufolge hat Sierra Leone in einem historischen Schritt ein Gesetz zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Frauen verabschiedet und damit den Weg für andere Länder des globalen Südens geebnet, Gesetze zu erlassen, die die gleichberechtigte Rolle der Frau in der modernen Gesellschaft stärken. Das Gesetz, das

den Namen Gender Equality and Women's Empowerment Act (GEWE) trägt, soll Frauen Rechte einräumen, die ihnen in einer weitgehend patriarchalischen Gesellschaft traditionell verwehrt werden, u. a. am Arbeitsplatz, bei Vollmachten und beim Zugang zu Finanzgeschäften. Die Gesetzgebung verlangt, dass in öffentlichen und privaten Organisationen mindestens 30 % der Belegschaft Frauen sein müssen, während derselbe Anteil in Führungs- und Entscheidungspositionen, in denen Frauen bisher weitgehend ausgegrenzt wurden, beibehalten werden muss.

Somalia

Regionalministerin bei Attentat getötet

Am 28.01.23 teilte die Regierung des Gliedstaats Galmudug mit, dass die regionale Ministerin für Transport und Luftfahrt, Farhiya Abdi Mohamed, von bewaffneten al-Shabaab-Kämpfern in Mogadischu erschossen wurde, die sie zuvor verfolgten.

Pressefreiheit

Am 25.01.23 nahm die somaliländische Polizei in Hargeysa, der Hauptstadt Somalilands, zwei Journalisten von SomNews fest. Die Polizei durchsuchte zuvor die Büros des Nachrichtensenders. Laut Medienschaffenden befinden sich der Fernsehreporter Mohamed Mohamud Koronto und der Kameramann Mahdi Siyad weiterhin ohne Anklage in Polizeigewahrsam. Vertretende von SomNews vermuten, dass es bei den Verhaftungen um ihre Berichterstattung über die Proteste in Las Anod (vgl. BN v. 02.01.23) gehe.

Hochrangiger IS-Anführer durch US-Militär getötet

Die US-Regierung teilte am 26.01.23 mit, dass US-Spezialeinheiten bei einer am Vortag durchgeführten Militäroperation in einem gebirgigen Höhlenkomplex im Norden Somalias elf IS-Kämpfer, darunter den hochrangigen Anführer Bilal al-Sudani, auf den die Mission abzielte, getötet haben. Eigentlich sollte al-Sudani gefangen genommen werden, was aber aufgrund der Gegenwehr von IS-Kämpfern nicht möglich gewesen sei. Zur Art des Einsatzes sind keine näheren Details bekannt. Al-Sudani soll eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung von IS-Operationen in Afrika gespielt haben und auch in Afghanistan aktiv gewesen sein. Bevor er sich Mitte der 2010er-Jahre dem IS anschloss, soll al-Sudani bei al-Shabaab aktiv gewesen sein.

Syrien

SDF: großangelegte Razzia gegen IS in Raqqa

Eigenen Angaben zufolge gelang es den kurdisch geführten Demokratischen Kräften Syriens (SDF) am 25.01.23, in einer großangelegten Razzia dutzende Verstecke von mutmaßlichen IS-Kämpfern in der Gouvernmenthauptstadt Raqqa aufzudecken und zahlreiche Verdächtige zu verhaften. Die etwa 5.000 an der Operation beteiligten Sicherheitskräfte erhielten demnach Unterstützung aus der Luft von der US-geführten internationalen Koalition zur Bekämpfung des IS.

Am 26.01.23 meldeten die SDF, insgesamt 68 Kämpfer verhaftet zu haben. Unter ihnen soll sich auch Atallah al-Maythan, der Anführer der IS-Zelle, die für Operationen im Gouvernement Raqqa verantwortlich gemacht wird, befinden.

Dem US Militär zufolge, wurden im vergangenen Jahr insgesamt 215 IS-Kämpfer in Gewahrsam genommen und 466 getötet.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) veröffentlichte erst im Dezember 2022 einen Bericht, wonach sich noch immer mehr als 42.400 ausländische und ca. 23.200 syrische IS-Anhänger und deren Familienangehörige in Haft der SDF befänden. Zuletzt hatte Frankreich am 24.01.23 insgesamt 32 Minderjährige und 15 Frauen im Alter von 19 bis 56 Jahren mit französischer Staatsangehörigkeit aus Nordostsyrien zurückgeholt.

Tschad

Suspendierung von sieben Oppositionsparteien aufgehoben

Im Nachgang der Proteste vom 20.10.22 und deren gewaltsamen Niederschlagung durch die Sicherheitsbehörden (vgl. BN v. 24.10.22), hatte die militärische Übergangsregierung sieben oppositionellen Parteien die Durchführung von politischen Aktivitäten für drei Monate untersagt. Von Seiten der Regierung waren die Parteien der Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit beschuldigt worden. Am 21.01.23 erklärte ein Regierungssprecher, die Suspendierung der sieben Parteien für aufgehoben; sie könnten ihre Arbeit nun wieder aufnehmen, müssten sich jedoch strikt an die geltende Gesetzgebung halten.

Türkei

Abschiebung von Flüchtlingen nach Syrien

Am 24.01.23 haben türkische Behörden ca. 40 syrische Flüchtlinge aus der Türkei, die im Besitz der temporären Aufenthaltserlaubnis „Kimlik“ waren, über den Grenzübergang Bab Al-Salama, nördlich von Aleppo in Gebiete abgeschoben, die unter der Kontrolle der türkischen Streitkräfte in Nordsyrien stehen. Die Abgeschobenen sollen in der von der türkischen Regierung als „Safe Zone“ bezeichneten Region angesiedelt werden.

Am 18.01.23 wurden mehr als 30 syrische Staatsangehörige, darunter Frauen und Kinder, die vor kurzem türkisches Hoheitsgebiet betreten hatten, in Zentren der Migrationsbehörde in der Region Kilis gebracht, um ihre Abschiebung nach Syrien vorzubereiten.

Urteil in HDP-Verfahren

Am 26.01.23 lehnte der Verfassungsgerichtshof den Antrag der pro-kurdischen Demokratischen Volkspartei (HDP) ab, das Gerichtsverfahren über die Auflösung der Partei bis zu den entscheidenden Wahlen am 14.05.23 zu verschieben. Das Verfahren zur Auflösung der Partei läuft seit März 2021.

Uganda

Neuer Bericht zu Folter in Haftanstalten

Die NGO Anwälte ohne Grenze berichtet davon, dass Inhaftierte in Polizeizellen und Gefängnissen gefoltert werden, vornehmlich um an weitere Informationen zu gelangen. Für ihren aktuellen Bericht befragte die NGO ehemalige Insassen aus zwölf Gefängnissen und fünf Polizeizellen. Die Gewalt gehe demnach von Polizei- und Geheimdienstkräften, Gefängnispersonal sowie Mitinhaftierten aus. Obwohl ein Meldewesen für gewaltsame Vorfälle in Haftanstalten existiert, werden die Meldungen häufig nicht bearbeitet.

Umgang mit LGBTIQ-Personen

Vertretende aus Kirche und Politik haben sich in den letzten Wochen negativ über die LGBTIQ-Gemeinschaft im Land geäußert. So äußerten sich ein Bischof und eine Lokalpolitikerin darüber, dass LGBTIQ-Personen an Schulen Kinder „rekrutieren“ und in die Homosexualität „treiben“ würden. Angriffe auf die Rechte von LGBTIQ-Personen stiegen zuletzt von 1.527 (2020) auf 1.826 (2021) an.

Ukraine

Verlauf des Kriegsgeschehens; Hochrangige Entlassungen und Rücktritte nach Korruptionshinweisen

Nach vorausgehenden nächtlichen Drohnenangriffen hat Russland am 26.01.23 neue Raketenangriffe auf die Ukraine ausgeführt. Im ganzen Land wurde Luftalarm ausgelöst. Einschläge wurden in Kiew, Odessa und Winnyzja bestätigt. Erneut wurde die ukrainische Energieinfrastruktur beeinträchtigt. Besonders betroffen war die Oblast Odessa, wo gemäß Angaben des Energiekonzerns DTEK bis Ende Januar 2023 mit Notabschaltungen zu rechnen ist. Elf Personen kamen als Folge der Angriffe ums Leben, elf weitere wurden verletzt. Indessen setzen die russischen Streitkräfte im Donbass ihre Offensive in die Richtungen Liman, Bakhmut, Avdiivka, Novopavlivska und insbesondere in Richtung Wuhledar fort, wo es zu heftigen Attacken kam. Die Stadt wird allerdings aktuell von den

ukrainischen Streitkräften gehalten. Im Gebiet Cherson kamen bei russischen Angriffen am 29.01.23 laut Angaben der regionalen Militärverwaltung drei Zivilpersonen ums Leben. Im Gebiet Saporischschja starben regionalen Medien zufolge zwei Menschen infolge einer Landminenexplosion am 29.01.23. Bei einem Raketeneinschlag in ein Wohnhaus der ostukrainischen Stadt Charkiw kam laut Medienberichten eine Zivilperson ums Leben.

Im Laufe der vergangenen Woche sind eine Reihe von hochrangigen ukrainischen Amtsträgern entlassen worden oder zurückgetreten, nachdem sich Hinweise über die Existenz eines Korruptionssystems in Zusammenhang mit Lebensmittellieferungen an die ukrainischen Streitkräfte verdichteten. Dazu gehören der stellvertretende Verteidigungsminister Vyacheslav Shapovalov, ein stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung, drei weitere stellvertretende Minister, fünf Leiter regionaler Militärverwaltungen, fünf Staatsanwälte sowie zwei Leiter von Regierungsbehörden.

Venezuela

Bericht mehrerer UN-Organisationen zu Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit in Lateinamerika

Laut einem kürzlich erschienenen Bericht (Regional Overview of Food and Nutrition Security in Latin America 2022) mehrerer UN-Organisationen (WHO, FAO, UNICEF, IFAD und dem WFP) vom 18.01.23 hat sich die Zahl der Menschen, die in Lateinamerika und der Karibik an Hunger leiden 2021 auf 56,6 Mio. Menschen (+30 % im Vergleich zu 2019) erhöht, davon lebten alleine 34,2 Mio. in Südamerika. Letztere Zahl habe sich zwischen 2015 und 2021 fast verdoppelt. In Venezuela ist die Unterernährungsrate mit fast 23 % am höchsten in Südamerika, es folgen Ecuador (15,4 %) und Peru (fast 14 %). Nur in Haiti (über 47 %) ist der Prozentsatz in der gesamten Region noch höher. Der Prozentsatz für Venezuela bedeutet, dass 2021 etwa 6,5 Mio. Menschen im Land an Hunger litten. Dieser Wert habe zwischen den Jahren 2013–2015 und 2019–2021 um 18,4 Prozentpunkte zugenommen. Zudem verzeichnete Venezuela mit einer Prävalenz von akuter Unterernährung von Kindern unter 5 Jahren von 4,1 % den fünfthöchsten Wert in der Region. Fast 40 % der Gesamtbevölkerung in Lateinamerika und der Karibik waren 2021 von Ernährungsunsicherheit betroffen, Frauen häufig ungleich stärker als Männer. Ursächlich für diese Entwicklungen sind laut FAO in der ungleichsten Region der Welt u.a. die erheblichen Auswirkungen der Pandemie sowie die starke Inflation im Zuge des Ukrainekriegs und die hohen Kosten für gesunde Ernährung. Die durchschnittlichen täglichen Kosten in der Gesamtregion lägen dafür mit 3,89 USD über anderen Weltregionen, 131 Mio. Menschen könnten sich daher eine gesunde Ernährungsweise nicht leisten.

Erste Abstimmung über neues NGO-Kontrollgesetz

Am 24.01.23 hat der Vizepräsident der Regierungspartei PSUV Diosdado Cabello einen Gesetzesentwurf (Ley de fiscalización, regularización, actuación y financiamiento de las organizaciones no gubernamentales y afines) zur Kontrolle der Tätigkeit von NGOs in das Parlament eingebracht, der in einer ersten Abstimmung angenommen worden ist. Zur endgültigen Verabschiedung muss das Gesetz ein zweites Mal Artikel für Artikel diskutiert werden, bevor es final angenommen und mittels Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten kann. Zwar wurde das entsprechende Dokument bisher nicht offiziell veröffentlicht, es zirkuliert allerdings ein entsprechender Entwurf. Dieser würde eine Registrierungspflicht für NGOs sowie eine stärkere Regulierung und Offenlegung ihrer Finanzierung einführen. Zudem solle es NGOs nicht mehr erlaubt sein, „politische Aktivitäten“ durchzuführen oder Mittel dafür zu erhalten. Jedoch scheint dieser Passus eher vage ausgestaltet, sodass die Interpretation, welche Tätigkeiten in diesen Bereich fallen würden, bei den Behörden läge. Auch die „Förderung oder Genehmigung von Handlungen, die die nationale Stabilität und die Institutionen der Republik bedrohen“, verböte das Gesetz. NGOs, die gegen das neue Gesetz verstießen, könnten u.a. mit Geldstrafen von bis zu 200 Petro (etwa 12.000 USD) sanktioniert werden. Cabello betonte in der Sitzung, es liege bereits eine Liste mit mindestens 62 politisch tätigen NGOs vor, die in den Diensten ausländischer Regierungen zur Destabilisierung Venezuelas stünden. Einige NGOs zogen in ihrer Kritik des geplanten Gesetzes bereits Vergleiche zu einem entsprechenden nicaraguanischen Gesetz, auf dessen Basis seit Einführung mehr als 3.000 NGOs der Rechtsstatus entzogen worden ist und mit dem eine ähnliche Rhetorik einhergeht. Ein erstes ähnliches venezolanisches Gesetzesvorhaben (Ley de Cooperación Internacional) aus dem Jahr 2022 wurde nach erheblicher nationaler und internationaler Kritik bisher nicht im Plenum diskutiert und verabschiedet. Zahlreiche nationale und internationale NGOs kritisieren das jetzige Gesetzesvorhaben als Mittel der Kriminalisierung der Arbeit von NGOs und befürchten deren strafrechtliche

Verfolgung sowie Schließungen entsprechender Organisationen, die insbesondere zur Linderung der humanitären Krise im Land eine wichtige Rolle einnehmen.

Zentralafrikanische Republik

Humanitäre Bedarfe für 2023

Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) rechnet damit, dass die Hälfte der Bevölkerung, rd. drei Mio. Menschen, im Jahr 2023 von Nahrungsmittelunsicherheit betroffen sein werden. Insgesamt 3,4 Mio. Menschen würden auf humanitäre Unterstützung in verschiedenen Bereichen angewiesen sein, 10 % mehr als 2022. Darunter seien zwei Mio. Menschen, deren Bedarfe derart komplex und schwerwiegend seien, dass sich ihre physische und mentale Gesundheit in Gefahr befinde.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de